

IM GESPRÄCH: HANS HERBERT VON ARNIM

# »Das Macht-Gen«

Der Parteienkritiker hält Wolfgang Schäuble für affärenbelastet - und sieht schon Angelika Merkel als »ersten Mann in der CDU«

■ Herr von Arnim, als Parteienkritiker sind Sie zurzeit ein gefragter Mann. Der Öffentlichkeit teilen Sie mit, dass mit der CDU-Spendenaffäre nur die »Spitze des Eisbergs« offenbar geworden sei. Was erwarten Sie denn noch alles?

Hans Herbert von Arnim: Es spricht viel dafür, dass bisher längst nicht alle Facts auf dem Tisch liegen. Warum nennt Kohl seine Geldgeber nicht? Was steckt hinter den über zwölf Millionen Mark Spenden, die die CDU Hessens angeblich aus anonymen Vermächtnissen erhalten hat? Ist es ein Zufall, dass nicht nur die Leuna-Akten aus dem Kanzleramt verschwunden sind, sondern auch Wehrauch-Akten für mehrere Jahre?

■ Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Kohl. Wie beurteilen Sie denn dessen Verhalten?

von Arnim: Es ist nicht nachvollziehbar, warum Kohl sich dem Appell der ganzen CDU-Spitze widersetzt. Seine Berufung auf ein Versprechen gegenüber den Geldgebern kann nicht akzeptiert werden, weil er sich damit abermals über die für alle geltenden Gesetze stellt. Zusicherungen unter Gesetzesbrechern erkennt die Rechtsordnung nirgendwo an. Wenn es wirklich zutrifft, dass Kohl in erster Linie stets an seine Partei denkt, müsste er auch jetzt das in ihrem Interesse Liegende tun.

■ Auch der derzeitige CDU-Vorsitzende Schäuble gerät immer mehr unter Druck.

von Arnim: Bei Schäuble zeigt sich bereits eine Verwicklung. Er war Fraktionsvorsitzender, als die über eine Million Mark von der Fraktions- in die Parteikasse transferiert wurde, und das schlechte Gewissen der Beteiligten zeigt sich schon daran, dass das in einem Bargeld-Koffer erfolgte und Hörster die Übergabe des Millionenbetrags von Terlinden nicht einmal quittieren ließ.

■ Wie beurteilen Sie denn die derzeitige Diskussion in der CDU?

von Arnim: Frau Merkel hat richtig gehandelt, indem sie eine Abnabelung von Kohl fordert, auch wenn dies negative Rückwirkungen auf ihre Stellung haben kann. Das birgt für sie aber auch eine Chance, wenn die Karten in der CDU-Führung neu gemischt werden sollten. Hier zeigt sich: Der mutigste Mann in der CDU ist eine Frau, und möglicherweise wird in absehbarer Zeit auch der erste Mann in der CDU eine Frau sein.

■ Erwarten Sie etwa, dass Schäuble diese Affäre nicht übersteht?

von Arnim: Wenn er sich weiterhin auf unhaltbarer Position verweist, dürfte

es für ihn wirklich gefährlich werden. Die Hingabe der Spende von der Fraktion an die Partei widerspricht Paragraph 25 Parteiengesetz, auch soweit die Mittel aus Beiträgen der Fraktionsmitglieder stammten.

■ Auch die SPD ist affärengeliebt. Selbst Bundespräsident Rau scheint durch die WestLB-Affäre angekratzt. Hat sich der einstige Übervater Nordrhein-Westfalens falsch verhalten?

von Arnim: Landesregierungen dürfen sich grundsätzlich nicht sponsern lassen. Ein Grundsatz, der anscheinend auch zu Zeiten des Ministerpräsidenten Rau nicht genügend beachtet worden ist. Regierungen sind auf das Gemeinwohl verpflichtet. Sie finanzieren sich deshalb aus Steuermitteln, damit ihre Unabhängigkeit nicht gefährdet wird. Zuwendungen aus der Wirtschaft sind damit grundsätzlich nicht vereinbar.

## »MAN DARF DEN BOTEN DER SCHLECHTEN NACHRICHT NICHT MIT DEN AKTEUREN VERWECHSELN«

■ Das trübe dann auch zum Beispiel auf Herrn Raus gesponserte Geburtstagsfeier zu.

von Arnim: Das trübe auch da zu. Nicht, dass er alles hätte selbst bezahlen müssen - er hätte es aufteilen können zu jeweils einem Drittel zwischen der Partei, der Stadt und sich selbst. Aber von der Wirtschaft hätte nichts finanziert werden dürfen. Diese Grundsätze drohen ein bisschen in Vergessenheit zu geraten. Glogowski ist ja wegen solcher Sachen gescheitert. Er hat es nicht gewusst, weil er keine guten Berater hatte. Und diese Berater hat sich die Politik ja leider wegpatroniert, indem sie viele Spitzenbeamtenpositionen mit Parteibuchleuten, oft willigen Ja-

sagern, besetzt hat. Und jetzt fehlen ihr die guten Berater, und so schlittert sie unberaten in die größten Skandale.

■ Sind Ihnen Freundschaften zwischen Politikern und Wirtschaftsbossen immer suspekt?

von Arnim: Gute Beziehungen zwischen Politikern und Kreisen von Wirtschaft und Gesellschaft sind nicht von vornherein schlecht oder falsch. Erst durch die Herstellung von Abhängigkeiten wird die Sache problematisch.

■ Mit Ihrer ständigen Kritik an Politikern bestärken Sie ja die Bürger in ihrer Auffassung: »Politik ist ein dreckiges Geschäft - lass besser die Hände davon!«

von Arnim: Man darf den Boten der schlechten Nachricht nicht mit den Akteuren verwechseln. Das Wesen der Demokratie besteht nicht darin, dass es keine Missbräuche der Macht gibt, sondern darin, dass man sie offen kritisieren kann. Ich halte es da mit dem Politikwissenschaftler Ernst Frenkel, der von seinem Fach gesagt hat, es sei eben kein Geschäft für Leisetreter und Opportunisten. Es kommt heute leider viel zu kurz unter meinen Kollegen, dass sie anecken, wenn es sein muss.

■ Erwarten Sie denn, dass Politiker bessere Menschen sein sollen als der Durchschnittsbürger?

von Arnim: Politiker haben ein ausgesprochenes Macht-Gen. Und sie müssen das auch haben. Gleichwohl muss die Öffentlichkeit darauf bestehen, dass Grundsätze der Moral auch in der Politik eingehalten werden. Dass Verletzungen dieser Grundsätze gebrandmarkt werden, ist eine der wenigen wirksamen Sanktionen. Das Entscheidende ist ja, dass Politiker viel größeren Versuchungen ausgesetzt sind, denn es sind die Politiker selbst, die Regelungen in eigener Sache festsetzen können. Das reicht von der Bezahlung und Versorgung bis zur eigentlichen Verteilung von Macht und Posten. Es bedarf deshalb wirksamer Gegengewichte. Das ist die alte Idee der Gewaltenteilung und Kontrolle.

■ Sollte man nicht lieber die Eigeninteressen der Politiker nutzen, als dauernd den Niedergang der Moral zu beklagen?

von Arnim: In der Tat. Das politische System muss so verändert werden, dass diejenigen Erfolg haben, die sich für das Gemeinwohl einsetzen. Und ein solches System lässt sich nur realisieren, wenn die Politik stärker an den Commonsense der Bürger zurückgebunden wird, vor allem durch bürgernähere Wahlrechte und durch Stärkung von Elementen der direkten Demokratie wie Volksentscheide und -begehren.

□ Die Fragen stellte Axel Reimann

Hans Herbert von Arnim ist Professor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer

Foto: Marc Darching

